



Prekäre Beschäftigung bleibt Gesundheitsrisiko

Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 29. November 2016

„Wer Beschäftigte in prekäre Arbeit und Niedriglohnjobs zwingt, macht sich an den gesundheitlichen Folgeschäden mitschuldig“, kommentiert Jutta Krellmann, Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Fraktion DIE LINKE, den heute vorgestellten BKK-Gesundheitsreport. Krellmann weiter:

„Beschäftigte in klassischen Niedriglohnbereichen wie Reinigung, Verkehr und Logistik oder Sicherheit sind nicht nur häufiger krank, sie sind auch besonders von Outsourcing, Befristungen und schlechten Arbeitsbedingungen betroffen. Vor allem die Leiharbeit weist ein besonders hohes Gesundheitsrisiko auf. Hier muss dringend etwas passieren, denn es grenzt an Körperverletzung, wenn Arbeitgeber ihrer Fürsorgepflicht nicht nachkommen. Wenn schlechte Arbeit krank macht, ist aber auch der Gesetzgeber gefragt. Auch im Hinblick auf den digitalen Wandel müssen schon jetzt die Stellschrauben für eine gute betriebliche und gesetzliche Gesundheitsförderung gedreht werden. Und da darf die Bundesregierung nicht vor den Arbeitgebern kuschen. Wer zulässt, dass seine

Beschäftigten aufgrund unsicherer und stressiger Arbeitsbedingungen krank werden, sollte mit der vollen Härte des Gesetzes rechnen müssen.

DIE LINKE fordert von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zu guter Arbeit und guten Arbeitsbedingungen. Wir brauchen als ersten Schritt noch in dieser Legislaturperiode eine wirksame Anti-Stress-Verordnung sowie zwingende Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten beim betrieblichen Gesundheitsschutz. Mittelfristig sind prekäre Beschäftigungsformen, die nachweislich gesundheitsschädlich sind, vom Gesetzgeber zu verbieten.“